

AW-INFO

Eine Information der Alternativen Wählergemeinschaft
April 1984 Nr. 8

Nur Keine Panik – die Katastrophe hat schon begonnen!



tik tak tik tak tik tak
tik tak tik tak tik tak
tik tak tik tak tik tak
peng!

Noch im Jubiläumsjahr 1984 wird das Atomkraftwerk Grohnde in Betrieb gehen. Wann genau, darüber lassen uns die Verantwortlichen – Betreiber, Behörden und Politiker – wohlweislich noch im Unklaren. Nur durch eine Indiskretion wurde während der letzten Stadtratssitzung Anfang April bekannt, daß ein erster Probelauf begonnen hat – allerdings nur mit Wasserdampf, wie die Betreiber daraufhin über die Dewezet versichern ließen.

DER SCHÖNE SCHEIN MUSS GEWAHRT WERDEN

Inzwischen hat auch der Katastrophenschutz-Sonderplan (KatSch-S-P) öffentlich ausgelegt. Einzig und allein damit, daß die Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit hatten, eine Zeitlang während der Hauptarbeitszeit im Kreishaus 3 Aktenordner "durchzulesen", ist der Kreis seiner Informationspflicht gegenüber der Bevölkerung bislang nachgekommen. Erfahren konnte man/frau das aber nur als regelmäßige/r und gründliche/r Dewezet-Leser/in. Auch wenn wir berücksichtigen, daß der Kreis eine "Informations"-broschüre darüber vorbereitet, müssen wir den Verantwortlichen vorwerfen, daß sie an einer tatsächlichen Aufklärung der Bevölkerung offensichtlich überhaupt nicht interessiert sind.

KEIN WORT MEHR ÜBER DIE IFEU-STUDIE

Das ist auch kein Wunder: Wenn es wirklich zu einer öffentlichen Diskussion über die Möglichkeiten des Schutzes für Leben und Gesundheit bei atomaren Unfällen käme, dann würde vielen Menschen bewußt, was bereits 1980 in einem Gutachten des Instituts für Energie- und Umweltforschung (IFEU) Heidelberg e.V. festgestellt wurde, daß bei einem Unfall im AKW Grohnde eine rechtzeitige Evakuierung der gefährdeten Bevölkerung nicht möglich ist. Das Gutachten war seinerzeit von der Stadt Hameln in Auftrag gegeben worden, dann aber aufgrund seines niederschmetternden Ergebnisses in den Schreibtischschubladen verschlossen und vor der Bevölkerung geheim gehalten worden. AKW-Gegner brachten es an die Öffentlichkeit.

Die Studie des Instituts für Energie- und Umweltforschung (IFEU) Heidelberg

"Über die Auswirkungen mittlerer und großer Unfälle im AKW Grohnde auf die Bevölkerung und das Gebiet der Stadt Hameln"

Vom Januar 1980 ist zum Preis von DM 5,- noch bei der AW erhältlich.

Die Neue Hannoversche Presse berichtete darüber am 24.6.1980 unter der Überschrift: "Beim Super-Gau ist Hameln in 70 Minuten ein atomares Grab"... Davon ungerührt scheut sich die Kreisverwaltung unter der Führung von Oberkreisdirektor Kallmeyer nicht, einen Katastrophen-"Schutz"-Plan aufzustellen, der nichts anderes ist als ein Planspiel, an Menschenverachtung und Zynismus nicht zu überbieten.

"MODELL SELBSTEVAKUIERUNG"

Unter anderem wird in dem Plan davon ausgegangen, daß ca. 50 % der Bevölkerung "Selbstevakuierer" sind, d.h. mit eigenen Fahrzeugen flüchten können. Beispiel 1: Katastrophenalarm an einem Werktagvormittag

Vorausgesetzt, die Hausfrau X in Tündern kennt den Sirenenton "Rundfunk einschalten", ist im Besitz eines Radios und schaltet es daraufhin ein, kann sie die Meldung über den Unfall im AKW Grohnde hören (alles das setzen die Planer als gegeben voraus). Ein Kind ist in Tündern im Kindergarten, das größere in Hameln in der Schule, der Ehemann arbeitet in

einem Hamelner Betrieb, das Auto befindet sich somit auf dem Betriebsparkplatz, die Großmutter lebt in einem Hamelner Altersheim. Wie soll die Frau sich nach den Vorstellungen der Planer entscheiden: Soll sie allein mit dem Fahrrad in die für sie vorgeschriebene Evakuierungsrichtung fliehen und währenddessen für den Rest der Familie beten – oder soll sie den ebenfalls unmöglichen Versuch unternehmen, ihre Familienangehörigen zu sammeln, um gemeinsam fliehen zu können, was zur gleichen Zeit Zehntausende anderer Frauen und Männer auch versuchen werden...

Beispiel 2: Katastrophenalarm an einem Sonntagnachmittag im Sommer

Mutter Y mit einem Kind im Freibad, ein anderes Kind mit Freunden im Wald, Vater auf dem Fußballplatz, Großeltern im Schrebergarten.

Kommentar überflüssig.

Ebenso wie bei den vielen alleinwohnenden Alten und Gebrechlichen, die, sofern sie die Alarmmeldung überhaupt mitbekommen, nicht allein zu den Sammel-

POLITIK

24.6.80

NHP, Hannover

NEUE PRESSE · SEITE 3

Beim Super-Gau ist Hameln in 70 Minuten ein atomares Grab

Geheimstudie über das Kernkraftwerk Grohnde

VON DIRK BUSCH
HAMELN. Die Freunde der Kernenergie haben es in Hameln nicht leicht. Ihnen macht das bekannteste Kapitel der Stadtgeschichte zu schaffen. Denn die Legende vom Rattenfänger, dem Scharen von ahnungslosen Menschenkindern ins Verderben rächte, hat für die Atomkraftgegner aktuelle Bedeutung gewonnen. Und die nahegelegene Atom-Müll-Baustelle in Grohnde liefert genügend Munition zur Verunsicherung der Bürger-Lobby pro Atomenergie.

Jetzt zeigen sich Kernkraft-Kritiker in der Weserstadt sogar noch selbstbewußter. Ihnen fiel eine Studie des Heidelberger Instituts für Energie- und Umweltforschung über die Auswirkungen mittlerer und großer Unfälle im AKW Grohnde für die Bevölkerung und das Gebiet der Stadt Hameln in die Hände – ein Gutachten, das wir letztes Jahr in Auftrag gaben und unter Verschluss halten müssen, wie Stadtdirektor Dr. Eduard von Reden-Ludcken sagt.

Vor Tagen landete das brisante 80-Seiten-Papier im Briefkasten der Hamelner Kreistagsabgeordneten Heide von Bernstorff (37) – gerade rechtzeitig, um heute abend bei einer Gorbien-Veranstaltung in der Sumpfbäume der Öffentlichkeit präsentiert zu werden.

Munition für eine kritische Aus-

einandersetzung mit Risiken der Kernenergie liefert das Gutachten genug. Allein das Kapitel über die Möglichkeiten der Evakuierung birgt reichlich Diskussionsstoff.

Danach wäre die für notwendig gehaltene Evakuierung aller 60 000 Einwohner innerhalb von 70 Minuten nach einem Kernschmelzunfall mit anschließender Dampfexplosion kaum möglich. Nach 70 Minuten wäre die radioaktive Schadstoffwolke bei entsprechender Windrichtung (die häufig auftreten soll) schon über Hameln hinweggezogen.

Schwierigkeiten sehen die Autoren der Studie, weil im Hamelner Stadtgebiet nur 71 Omnibusse mit insgesamt 5 000 Plätzen verfügbar wären. Ob die für den Rest der Bevölkerung notwendigen 11 000 Personenautos tatsächlich innerhalb der 70 Minuten die Stadt auf Grund der Verkehrsverhältnisse verlassen könnten, wird offen gelassen.

Daß eine rasche Evakuierung im Fall des Falles geboten wäre, erklären die Wissenschaftler vom Neckar mit akut tödlichen Strahlenbelastungen, die bei Windrichtung Grohnde-Hamel während eines Unfalls in allen Wetterlagen möglich seien.

Bei ihrer Untersuchung wollen

die Autoren des Gutachtens entdeckt haben, daß die üblicherweise verwendeten Methoden zur Berechnung der Unfallfolgen mit großen Unsicherheiten behaftet sind. Das wiegt nach Meinung der Kernkraftgegner um so mehr, als nach einem AKW-Unfall in Grohnde für die radioaktive Verseuchung Hamelns „ungünstigste Ausbreitungsbedingungen“ (Studie) möglich sind.

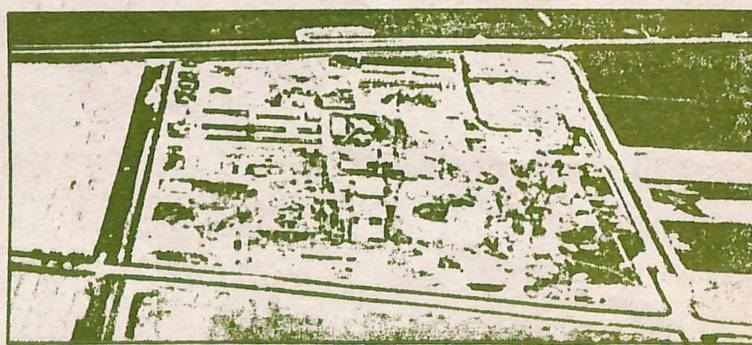
Eine nüchterne Tabelle im Gut-

achten erschreckte die Kreistagsabgeordnete Bernstorff (von der Wählergemeinschaft „Atomkraft – Nein, danke“) besonders. Aus den Zahlenreihen ist laut Studie ersichtlich, daß bei allen Wetterlagen (je nach Evakuierungsfall) akute Todesfälle möglich sind.

Darüber hinaus warnen die Wissenschaftler vor den Langzeitfolgen auch nur mittlerer Unfälle, die „noch nach 100 Jahren Strahlenbe-

lastungen verursachen und eine Nutzung der verseuchten Gebiete ausschließen“.

Die Stadt Hameln will mit der Studie vor dem Lüneburger Oberverwaltungsgericht Weiterbau und Betrieb des Grohnder Meilers verhindern. Gleichwohl verbietet sie dem Institut die Veröffentlichung. „Ist es der Stadt zu brisant“, fragt Frau Bernstorff. Es zeigt, daß AKW-Risiken größer sind, als die Betreiber behaupten, meint Dipl.-Physiker Hans Walliser vom Öko-Institut Hannover.



Kernkraftbaustelle in Grohnde

stellen gelangen können und auch von niemandem abgeholt werden.
Ebenso wie bei den ausländischen Familien.
Ebenso wie bei...
Das sind nur einige grauenhafte Vorstellungen aus dem Bereich der Selbstevakuierung.

... ABER DEN ANDEREN ERGEHT ES AUCH NICHT BESSER

Die Evakuierung von Menschen durch Behörden und Hilfstruppen erscheint ebenso vollkommen unrealistisch. Wie z.B., in welcher Zeit und wohin sollen die Patienten der Krankenhäuser, Alters- und Pflegeheime in Hameln, Bad Pyrmont und dem übrigen Katastrophengebiet evakuiert werden? Auch hier drängt sich ein Schreckensbild nach dem anderen auf.

Auf solche und viele andere schwerwiegende Probleme gibt der Landkreis als Katastrophenschutzbehörde keine Antwort.

Und die Politiker, die Volksvertreter, die sich verpflichtet haben, sich für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen, drücken sich vor der Verantwortung, wie die April-Sitzungen von Kreistag und Rat wieder einmal gezeigt haben.

DER KREISTAG HAT ES NICHT NÖTIG

Auf der Kreistagssitzung am 3.4.1984 wurde der Antrag der Grünen auf Einrichtung eines Fachausschusses AKW Grohnde von der CDU/FDP-Mehrheit abgelehnt. Die SPD-Abgeordneten, die noch im vergangenen Oktober großmäulig und werbewirksam die Aufklärung der Bevölkerung im Hinblick auf einen Unfall im AKW forderten (Dewezet vom 20.10.83), nahmen an diesem Tag die Kritik unseres Abgeordneten Halbauer an ihrer Partei zum Vorwand, einen Tumult zu verursachen und sich um die Abstimmung zu drücken. Damit gaben sie dem Landrat Saacke die Gelegenheit, die folgenden Anträge der Grünen zum KatSch-SP vollständig vom Tisch zu wischen, obwohl sie auf der Tagesordnung standen.

...UND DER RAT IST NICHT ZUSTÄNDIG

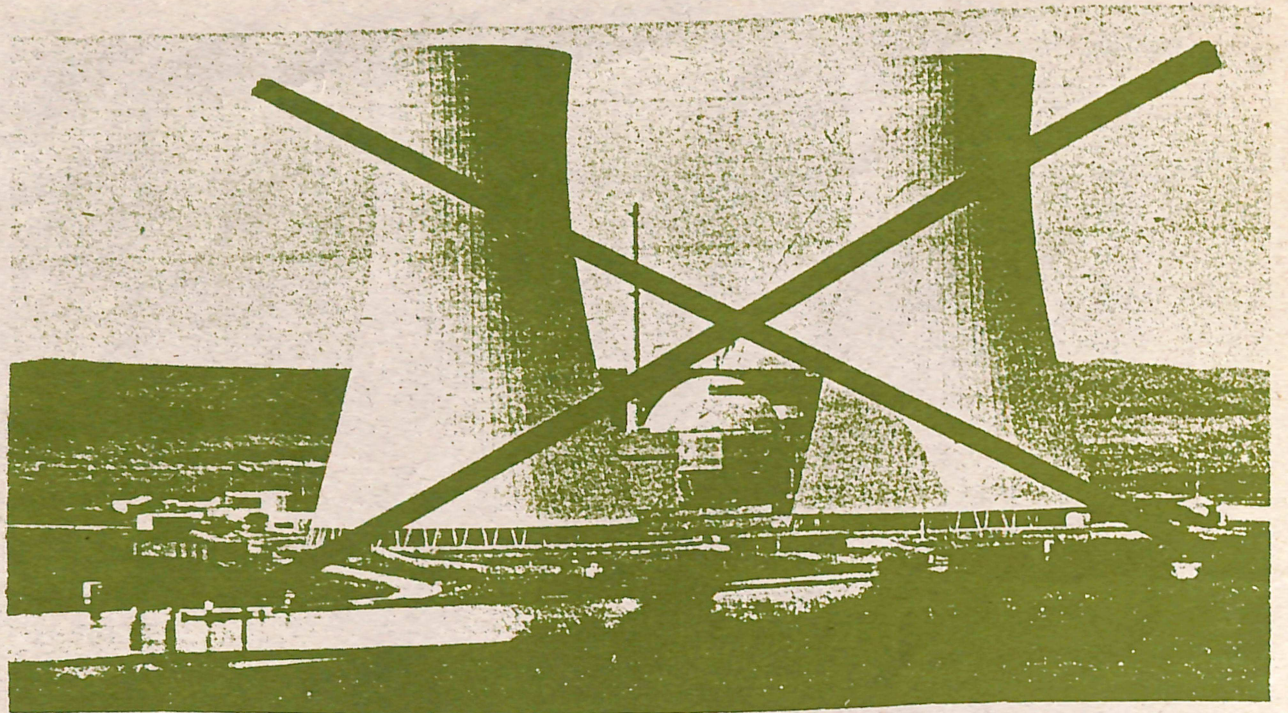
Zwei Tage später stellte die Gruppe Grüne/AW im Rat den Antrag, jedem Ratsmitglied ein Exemplar des KatSch-SP auszuhändigen und in der Stadt und den Ortschaften Informationsveranstaltungen zum KatSch-SP durchzuführen. Der erste Teil des Antrages wurde so gedreht, daß jede Fraktion immerhin ein ganzes Exemplar des dreibändigen Werkes erhalten soll. Zum zweiten Teil des Antrages schloß sich die CDU-Fraktion der Meinung ihres Oberstadtdirektors von Reden-Lütcken an, daß der Katastrophenschutz und damit auch die Information der Bürgerinnen und Bürger darüber Sache des Kreises und nicht der Stadt sei, und Oberbürgermeister Kock erklärte den Antrag ganz einfach für "nicht abstimmungsfähig".



Das Motto der Stadt Hameln zum Katastrophenschutz
- demonstriert vom Oberstadtdirektor Dr. von Reden-Lütcken

Unverfroren war das Auftreten des SPD-Fraktionsvorsitzenden Hoffmann, der für die SPD den Antrag stellte, daß der Rat sich erst einmal mit dem KatSch-SP beschäftigen, die geplante Broschüre zur Kenntnis nehmen und dann eventuell - wenn überhaupt - beim Kreis vorstellig werden solle. Also: abwarten und Tee trinken ... Dieser Vorschlag ist eine besondere Unverschämtheit, weil Heinz Hoffmann als Kreistagsabgeordneter den KatSch-SP sowie den Entwurf der Broschüre als einer der ersten schon vor Monaten in die Hände bekommen hat - hat er es bisher nicht für nötig gehalten, sich selber damit zu befassen und auch seine Fraktion im Rat darüber zu informieren?

und das ausgerechnet in einer Sache, die ihm immer besonders am Herzen gelegen hat und die bisher unsere gemeinsame zu sein schien: die Gegnerschaft zum AKW und die Kritik am Katastrophenschutz. Während er weiterhin den KatSch-S-P als ein unbrauchbares Stück Papier bezeichnete, das eine Behörde von der anderen abgeschrieben habe, warf er gleichzeitig der Gruppe Grüne/AW "Schaumschlägerei" vor und hielt uns vor, daß während der Auslegung des KatSch-S-P nur etwa 25 Leute die Gelegenheit zur Einsichtnahme genutzt hätten. (In seinem Leserbrief in der Dewezet vom 18.4.1984 zementiert er diese Ansicht und macht damit deutlich, daß in einer Zeit, wo es ernst wird mit dem AKW, er eher bereit ist, Zugeständnisse an seine Partei und die AKW-Betreiber zu machen, als mit Leuten wie uns "gemeinsame Sache" gegen das AKW zu machen.)



Als einziges Mitglied der SPD-Fraktion wagte Rats Herr Schröder eine deutliche Kritik am KatSch-SP und der Öffentlichkeitsarbeit des Landkreises. Das Zünglein an der Waage, die FDP, schwankte wie immer: während Rats Herr Roloff sich für eine umfassende Information von Rat und Bürgern aussprach, warnte der 1. Bürgermeister Albrecht, daß eine zu umfassende Information der Bevölkerung nur Panikstimmung erzeuge.

WAS DIE STADT NICHT WEISS, MACHT SIE NICHT HEISS

Auf die Mitteilung des Grünen Rats Herrn Kruse, daß zu dieser Zeit ein Probelauf im AKW bereits begonnen habe, und auf mehrfache Fragen der Grün-Alternativen nach den Kenntnissen der Stadtverwaltung darüber wich der Oberstadtdirektor immer wieder aus und blieb bis zum Schluß eine Antwort schuldig. Ähnlich hatte die Verwaltung auch schon im Dezember 1983 auf unsere Anfrage nach ihren Kenntnissen über den Transport der radioaktiven Brennelemente ins AKW reagiert: Der Stadt sei "nicht bekannt", auf welchem Weg die Brennelemente angeliefert werden und daß Brennelemente durch das Stadtgebiet transportiert werden; die Genehmigung zum Transport von Brennelementen werde von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt erteilt. So einfach ist die Fürsorgepflicht der Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger zu wahren.

DER UNFALL DES DR. KATER

Ein Wort sei noch Dr. Hermann Kater gewidmet, einem der profiliertesten AKW-Gegner aus dem konservativen Lager im Lande. Zum ersten Mal, seitdem die Grün-Alternativen im Rat vertreten sind, seit 2 1/2 Jahren, richtete er schärfste Angriffe gegen uns -

Im weiteren Verlauf der Debatte, als unsere Ratsfrau Bommüter die gesundheitlichen Gefahren beschwor, die auf uns und unsere Kinder auch beim Normalbetrieb des AKW zukommen werden, widerrief Dr. Kater die Erkenntnisse über die erhöhte Leukämie-sterblichkeit von Kindern in der Umgebung des AKW Lingen. Selbst wenn, wie Dr. Kater behauptete, die Zahlen in bezug auf Lingen nicht stimmen, weiß er ebenso gut wie wir, daß solche schrecklichen Folgen auftreten werden und daß es Beweise dafür gibt von Untersuchungen über Atomanlagen in anderen Ländern der Erde. Wir fragen, welche Konsequenzen Dr. Kater also aus seiner neuerdings geäußerten Meinung zieht: Muß die Katastrophe erst passieren, bevor wir ihre Ursachen anprangern dürfen?

"VOLKSVERHETZUNG"?

"Schaumschlägerei", "Unruhestiftung", "Aufwiegeln der Bevölkerung", "Panikmache"... das ist das einzige, was uns wie allen AKW-Gegnern und Umweltschützern seit geraumer Zeit von den Politikern vorgeworfen wird. Zu einer öffentlichen Auseinandersetzung über die Inhalte unserer Kritik sind sie weder bereit noch in der Lage. Sie ziehen sich zurück auf Gesetze und Verordnungen, darauf, daß sie nicht zuständig sind, daß sie nicht wissen können/brauchen/müssen.

Damit lassen wir uns aber nicht abfertigen. Wir stecken angesichts der drohenden Katastrophe nicht den Kopf in den Sand.

UND WAS MACHEN WIR JETZT?

Wir gehen nicht hilflos und wortlos in die Katastrophe.

Wir entlassen die Verantwortlichen nicht aus der Verantwortung:

Den Politiker/innen im Kreistag und im Rat werden wir keine Ruhe mehr lassen.

Den Behörden werden wir unbequeme Fragen stellen.

Den AKW-Betreibern werden wir uns nicht ausliefern - wir werden das AKW selbst überwachen und ein eigenes Kontroll- und Alarmsystem organisieren.

Wir werden die Bevölkerung mit allen Mitteln über das, was wir wissen und in Erfahrung bringen, informieren.

Gerade der Ostermarsch, der schon immer unter dem Motto stand: KAMPF DEM ATOMTOD!, sollte für alle Atomgegner ein Anlaß sein, sich auch gegen die "friedliche" Nutzung der Atomenergie zur Wehr zu setzen. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren.

Beim Alternativen 1.Mai-Fest in der Sumpflume wollen wir mit möglichst vielen Leuten über Aktionsmöglichkeiten gegen das AKW reden und vor allem auch etwas planen.

Di. 1.5. nachmittags in der Sumpflume
Alternatives 1 Mai Fest

Impressum

Herausgeber:
Alternative Wählergemeinschaft
Hameln-Pyrmont (AW)
Neue Marktstr. 27 (AW-Büro)

V.i.S.d.P.:

Druck:
Linden-Druck
Hannover (0511/453078)

Das INFO gibt es unregelmäßig
auf der Straße, im Buchladen
Leseratten, im 3. Weltladen,
im Teepott und im AW-Büro.

FRAUEN- TREFFEN



Wir Frauen in der AW laden alle tatendurstigen
Frauen zu einem Frauen-Treffen ein.
Wir sind davon überzeugt, daß wir Frauen mehr Kraft,
Ideen und Ausdauer haben als der Rest der Mensch-
heit und daß wir, wenn wir uns zusammentun, eine
ganze Menge erreichen können.
Es gibt nichts Gutes, außer frau tut es.

DIENSTAG, 8. MAI 1984 20 UHR
AW-BÜRO, Neue Marktstr. 27

Walpurgisnacht



Fegt mit dem Besen dem am meisten
mißachteten Werkzeug der Menschheit
hinweg die Spinnennetze der Zaghaftigkeit
zerschlagt das Gerümpel vergeblicher Versuche
verbrennt die grauen Lumpen der Enttäuschung

Entfliegt den Umarmungen fressender Liebe
und nehmt die schlagenden Wetter der Freiheit an

Wir treffen uns dann bei der schwarzen Messe
zerschneiden mit dem Opferstahl
das mürbre Tuch von Tisch und Bett
und kehren nie zurück

Margret Gottlieb

„Tumultartige Szenen in der Kreistagssitzung“

Diese Überschrift konnte man in der Deister-Weser-Zeitung vom 4.4.84 lesen. Angeblich hatte der Abgeordnete der Alternativen Wählergemeinschaft (AW) Werner Halbauer die SPD 'auf das übelste verunglimpft'. Einen Hinweis darauf, womit die SPD auf das übelste verunglimpft worden sei, blieb der Reporter Rosahl geflissentlich schuldig. Die Annahme einer aufklärenden Gegendarstellung wurde von ihm verweigert. Was war wirklich los im Kreistag?
Der Abgeordnete der AW warf der SPD Doppelzüngigkeit bei ihrem Antrag für eine 'atomwaffenfreie Zone' vor und kritisierte die praktische Beteiligung der SPD an der Aufrüstungspolitik der Bundesrepublik und ihre historische Mitverantwortung für den 1. Weltkrieg (Einzelheiten siehe Offener Brief).

Dafür wurde ihm vom Landrat Saacke (CDU) das Wort entzogen, der das Andenken und die Geschichte 'einer der grossen demokratischen Parteien der BRD in den Schmutz gezogen' und deren 'Geschichte verfälscht' sah. Beim nächsten Tagesordnungspunkt (Einrichtung eines Fachausschusses AKW-Grohnde) verließ die SPD ihre Sitze, als der Abgeordnete Halbauer das Wort ergriff (ohne sich vorher bei der SPD zu entschuldigen), und verlangte eine Distanzierung der Abgeordneten der Grünen von der Kritik des AW-Abgeordneten an der SPD. Dies geschah zunächst nicht. Sodann wurden alle weiteren Anträge der Grünen zum Katastrophenschutzplan (mit den Stimmen der SPD) niedergestimmt, wobei sich die Abgeordneten der etablierten Parteien und der Oberkreisdirektor nicht scheuten, die Landkreistagsordnung auf das Gröbste zu mißachten, indem den Abgeordneten keinerlei Recht mehr zugestanden wurde, zu den aufgerufenen Tagesordnungspunkten das Wort zu ergreifen.

Am nächsten Tag forderten die Kreistagsabgeordneten der Grünen den AW-Abgeordneten per Brief (als Anlage abgedruckt) und per Zeitung auf, sich bei der SPD für seine Kritik an der Rüstungspolitik der SPD zu entschuldigen; anderenfalls würden sie die gemeinsame Gruppe mit der AW im Kreistag auflösen.

Die AW hat inzwischen auf einer Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen, das Verhalten des Abgeordneten Halbauer im Kreistag zu billigen und das Begehren der Abgeordneten der Grünen, Bredemeyer und Gruhl, als gänzlich unbegründet zurückzuweisen (ausführliche Begründung siehe Offener Brief).

OFFENER BRIEF AN DIE GRÜNEN-ABGEORDNETEN BREDEMEYER UND GRUHL

In Eurem Brief vom 4.4.84 werft Ihr mir wegen meiner Rede im Kreistag zum Antrag der SPD, den Landkreis Hameln-Pyrmont zur 'atomwaffenfreien Zone' zu erklären, vor, daß es 'plumpe Geschichtsfälschung' sei, 'der SPD die Schuld an der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in die Schuhe zu schieben.' Zu Eurer Information zitiere ich aus einem politisch unverfänglichen Buch, dem DTV-Lexikon, Ausgabe 1972:

'Noske, sozialdemokratischer Politiker, ... seit 1906 Mitglied des Reichstages, warf im Januar 1919 mit Regierungstruppen und Freikorps den Berliner Spartakisten aufstand nieder, war 1919-20 Reichswehrminister...'

'Luxemburg, Rosa, sozialistische Politikerin... schloß sich früh dem Sozialismus an, ... beteiligte sich 1905 an der russischen Revolution (gegen den Zarismus) und gehörte danach im Kampf gegen den Revisionismus zu den Führern der radikalen Richtung der deutschen Sozialdemokratie. Sie trug wesentlich zur wissenschaftlichen Theorie des Marxismus bei und lehrte marxistische Nationalökonomie an der sozialdemokratischen Berliner Parteischule. Während des 1. Weltkrieges bekämpfte sie die vaterländische Haltung der Mehrheitssozialisten und gründete 1917 mit Karl Liebknecht den Spartakusbund, dessen Programme sie entwarf; nach der Revolution von 1918 (Sturz des deutschen Kaisers) trat sie zur kommunistischen Partei über und nahm am kommunistischen Januaraufstand 1919 in Berlin teil. Mit Karl Liebknecht wurde Rosa Luxemburg nach der Festnahme von Regierungstruppen ohne Verfahren erschossen.'

Und dabei soll der Sozialdemokrat Noske keine politische Mitverantwortung für die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts haben? Wer will hier die Geschichte fälschen?

Zweitens werft Ihr mir vor, meine Ausführungen zur Geschichte der SPD seien sehr einseitig gewesen; und ich hätte die positiven Entwicklungen der SPD in der letzten Zeit wie z.B., daß Willy Brandt am 22.10.83 auf der Friedenskundgebung in Bonn einer der Hauptredner war, unterschlagen.

Wenn man bei der SPD in der Frage der nationalen Verteidigung und des Verteidigungsbündnisses NATO in der letzten Zeit eine positive Entwicklung sehen will, dann muß man schon fest die Augen auf den Tatsachen verschließen. Z.B. hat die SPD sich auf ihrem letzten Parteitag klar und eindeutig zum westlichen Verteidigungsbündnis NATO mit ihrer Strategie des atomaren Erstschlages bekannt. Z.B. hat die SPD auf ihrem letzten Parteitag die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen nicht eindeutig abgelehnt, sondern hat lediglich beschlossen, noch nicht zu stationieren, noch nicht darüber zu verhandeln. Z.B. hat sich die SPD klar zur Atomenergie-

politik bekannt, die die Voraussetzung für die (verdeckte) Entwicklung der Atombombentechnologie in der Bundesrepublik ist. Z.B. hat die SPD ihren Antrag zur atomwaffenfreien Zone nicht etwa mit der Notwendigkeit der einseitigen atomaren Abrüstung begründet, sondern damit, daß hier im Landkreis dadurch die Bürger in der Folge einer Stationierung durch russische Raketen bedroht würde, nach dem Motto: wasche mir den Pelz, aber mache mich nicht naß! Z.B. hat sich die SPD an keiner der zahlreichen Demonstrationen oder Kundgebungen gegen die NATO-Nachrüstung in Hameln als Aufrufer beteiligt. Die Beispiele der praktischen Aufrüstungspolitik der SPD ließen sich beliebig fortsetzen (Atombombengeschäft mit Brasilien, öffentliche Bundeswehrgelöbnisse usw., usw.).

Daß sich einzelne Politiker der SPD manchmal öffentlich gegen die Rüstungspolitik ihrer eigenen Partei erklärt haben (häufiger seitdem sie in der Opposition sind und nicht mehr die Verantwortung für die imperialistische Politik der BRD zu organisieren haben), kann nicht über die praktische Politik der SPD hinwegtäuschen. Und wer etwa erwartet, daß die SPD, sollte sie demnächst wieder an die Regierungsmacht kommen, aus der NATO austritt und alle Atomraketen aus der BRD verbannt, der muß ein gutes Stück Naivität haben.

Drittens werft Ihr mir vor, daß 'für meine Angriffe auf die SPD überhaupt kein Anlaß' bestanden hätte, sondern daß es in der Sache um den Antrag der SPD-Fraktion ging, den Landkreis Hameln-Pyrmont zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, und warum ich die SPD 'beschimpft' hätte.

Dazu kann ich nur sagen, daß ich am Anfang meines Redebeitrages im Kreistag klar erklärt habe, daß ich und die Alternative Wählergemeinschaft den SPD-Antrag für eine atomwaffenfreie Zone unterstützen. Aber ich bin der Überzeugung, daß man der Öffentlichkeit nicht vorenthalten sollte, daß es ja die SPD war, die die sogenannte NATO-Nachrüstung mit in die Wege geleitet hat. Die SPD hat ihre Richtung erst dann um 5 Grad gedreht, als sie von den Wählern unter anderm wegen ihrer militaristischen Politik in die Opposition geschickt wurde. Mit dem Antrag für eine atomwaffenfreie Zone wollte die SPD ihre Hände wieder reinwaschen, ihren eigenen Anteil und ihre eigene Verantwortung an der atomaren Aufrüstung vergessen machen und sich den Wählern als Teil der Friedensbewegung darstellen. Dabei scheute sich die SPD nicht einmal, den Antrag gegen den ausdrücklichen Wunsch der Hamelner Abrüstungsinitiative in den Kreistag einzubringen, die noch weitere Unterschriften für den Antrag sammeln und die Unterzeichner zur Kreistagssitzung mobilisieren wollte, was jetzt natürlich nicht mehr geht.

Und die SPD hat sich auch nicht geschaut, in den Bundestag, wo sie regiert, Demonstrationen gegen die NATO-Nachrüstung wie z.B. in Krefeld oder gegen die öffentlichen Gelöbnisse der Bundeswehr durch einen massiven Einsatz von Polizeikräften einzuschüchtern und teilweise brutal niederknütteln zu lassen. Und da soll kein Anlaß bestehen, die verlogene Politik der SPD zu kritisieren? Die Grünen verlieren jede Existenzberechtigung als politische Organisation, wenn sie noch nicht einmal bereit sind, die verlogenen Machenschaften der etablierten Parteien öffentlich anzuprangern, und zwar wo immer sich die Gelegenheit bietet.

Viertens verurteilt Ihr in Eurem Brief, daß ich den Abgeordneten Heinz Hoffmann (SPD) als 'Lügenbold' bezeichnet habe. Anstatt die infamen Lügen des Abgeordneten Hoffmann anzugreifen, der mir Geschichtsfälschung vorwarf und mir unterstellte, ich sei gegen eine atomwaffenfreie Zone und dann als Gipfel der Unverfrorenheit den 'heldenhaften und aufopferungsreichen Kampf' der Sozialdemokratie gegen den Hitlerfaschismus beschwor (nachdem die SPD durch die Duldung der Notverordnungspolitik der reaktionären Brüning-Regierung und durch ihre Untätigkeit in der sozialen Krise viele Arbeitslose in die Arme der Faschisten trieb und Hitler den Weg an die Macht ebnete), verlangt Ihr nun von mir, daß ich mich bei Hoffmann entschuldige. Welch eine Verkehrung von Ursache und Wirkung!

Fünftens wird mir von Euch vorgeworfen, daß ich meine Ausführungen nicht mit Euch abgesprochen habe und 'daß der Eindruck entstehen mußte, daß ich im Namen der Gruppe' spreche. Dazu kann ich nur sagen, daß ich beim Vorbereitungsgespräch am Vorabend der Kreistagssitzung im Grünen Laden sehr wohl klargestellt habe, daß ich mich kritisch zur Atom- und Rüstungspolitik der SPD äußern werde. Allerdings bin ich als Abgeordneter der AW nicht bereit, mir meine Redebeiträge im Wortlaut zensieren zu lassen, genausowenig wie Ihr dies sicherlich umgekehrt von mir zulassen würdet. Aber ich habe mit Sicherheit mit keinem Wort angedeutet oder den Eindruck erweckt, daß ich im Namen der Gruppe Grüne/AW oder gar als Grüner spreche.

Und nicht ich habe Euch als Abgeordnete der Grünen 'unter Druck und in einen unerträglichen Zugzwang gesetzt', wie Ihr das in Eurem Brief behauptet, sondern es war die SPD, die von Euch verlangt hat, daß Ihr Euch von meiner Kritik an der Politik der SPD distanzieret.

Dies habt Ihr dann ja auch gemacht, wie ich aus der Zeitung erfahren mußte. Ihr habt Euch damit von historischen Fakten distanziert, was eigentlich ein Ding der Unmöglichkeit ist. Aber offensichtlich schreckt Ihr im Interesse des Zustandekommens einer fragwürdigen parlamentarischen Zusammenarbeit mit der SPD selbst davor nicht zurück, mitzuhelfen, die Wahrheit über die doppelzüngige Politik der SPD zu unterdrücken.

Schließlich werft Ihr mir noch vor, ich habe es zu verantworten, daß Eure beiden Anträge zum Katastrophenschutz im Kreistag von der SPD abgeschmettert wurden. Wenn das auf die Aufforderung hinausläuft, daß man, um die Zustimmung der Sozialdemokratie zu bestimmten Anträgen zu erhalten, bereit sein soll, die Verantwortung der SPD für die Atomrüstung und für das Atomkraftwerk Grohnde gegenüber der Öffentlichkeit zu verschweigen, dann könnt Ihr das als Abgeordnete der Grünen gerne tun. Allerdings frage ich mich, was die Basis Eurer Organisation über eine solche Politik denkt und welche Schlußfolgerungen sie aus Eurem Verhalten ziehen wird. Ich jedenfalls werde mich nicht von der SPD erpressen lassen, und den Mantel des Schweigens über die Politik der SPD decken.

Und im übrigen hat die SPD im Stadtrat 2 Tage nach der Kreistagssitzung einen viel weniger brisanten Antrag der Gruppe Grüne/AW, nämlich eine Informationsveranstaltung zum Katastrophenschutzplan durchzuführen, mit einem eigenen, nichtssagenden Antrag gegenstandslos gemacht und die Behandlung unseres gemeinsamen Antrags zusammen mit der CDU/FDP-Mehrheit verhindert. An der Politik der SPD hat sich auch durch Eure Distanzierung nichts geändert. Auch die SPD fürchtet die Öffentlichkeit und deren Fragen mehr als die möglichen Auswirkungen eines nuklearen Unfalls in Grohnde auf die Bevölkerung.

Ich werde aus all diesen Gründen meine Angriffe gegen die SPD nicht zurücknehmen oder mich gar bei der SPD dafür entschuldigen. Wenn Ihr deshalb die Zusammenarbeit mit der AW im Kreistag aufkündigen wollt, so tut, was Ihr nicht lassen könnt.

Dieser Offene Brief wurde auf der AW-Sitzung am 10.4.84 diskutiert und von den Mitgliedern einstimmig als inhaltlich richtig verabschiedet.

gez. Werner Halbauer
Kreistagsabgeordneter

Auf nach Buschhaus!

Aktionstag und Kundgebung mit Demonstration von Schöningen nach Helmstedt gegen das Waldsterben, für umweltfreundliche Kohlenutzung, gegen die Inbetriebnahme des Kraftwerkes Buschhaus ohne Entschwefelung am Samstag, den 28. April 1984 in Schöningen, Beginn 11.00 Uhr.

Der Wald stirbt! Ohne **sofortige** und **entscheidende** Maßnahmen wird eine ökologische und ökonomische Katastrophe von bisher unbekanntem Ausmaß unvermeidbar sein. Schon heute sind mehr als ein Drittel der Waldflächen der Bundesrepublik geschädigt oder gar tot.

Mit dem Wald stirbt der Mensch: Bronchial- und Lungenerkrankungen nehmen in belasteten Gebieten zu, Kinder erkranken an der schrecklichen Pseudo-Krupp-Krankheit. Boden und Grundwasser werden verseucht, Ökosysteme verändern sich, Tiere und Pflanzen verlieren ihre Lebensgrundlagen. Unermeßliche kulturelle und volkswirtschaftliche Werte werden vernichtet. 800.000 Arbeitsplätze, die direkt oder indirekt vom Wald abhängen, sind langfristig bedroht.

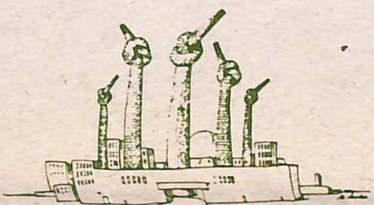
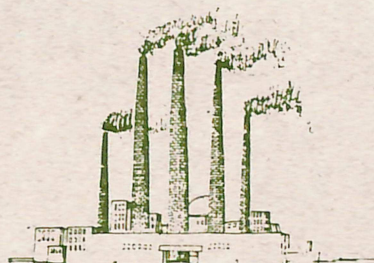
Die Antworten der Politiker auf diese existentiellen Probleme sind verkürzt dargestellt: **Scheinhandeln, Symptomplüscherei, Verdummung, Untätigkeit.** So sind AKW's kein Beitrag gegen das Waldsterben; das Gegenteil scheint sich sogar abzuzeichnen!

Wir rufen deshalb dazu auf, nach Buschhaus zu kommen, um Politik und Wirtschaft aufzufordern, endlich einer der größten Perversionen politischen Handelns der neueren Zeit ein Ende zu setzen.

Buschhaus - 1978 genehmigt, noch nicht fertiggestellt - und schon eine Altanlage. Buschhaus - 14.462 mg SO₂/m³, 18,6 t, SO₂/h, 6 % der SO₂-Emissionen der bundesdeutschen Kohlekraftwerke, doch anteilmäßig nur 0,4 % an der Stromerzeugung in der BRD, mehr als das 41fache des Wertes für Neuanlagen nach der Großfeuerungsanlagen-Verordnung. Buschhaus - Symbol für den Ruin des Kohlebergbaus? Buschhaus - Symbol für grenzüberschreitende Umweltzerstörung.

Wir wollen für eine umweltfreundliche Nutzung der Kohle für eine Energiewende, eine neue Verkehrspolitik, eine verantwortungsvolle, zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik, zukunftsstrahlende Technologien, eine menschen- und umweltfreundliche Zukunft demonstrieren:

Entschwefeln statt Schwafeln!



**Gegen das Waldsterben!
Für Entschwefelung! Für Abgasreinigung!
Für umweltfreundliche Kohlenutzung!**

Wir fordern als Not- und Sofortprogramm:

- Drastische Reduzierung des Schadstoffausstoßes bei Kraftwerken und Industrieanlagen unter Anwendung der modernsten technischen Methoden auf Kosten der Verursacher.
- Verschärfung und Anwendung der TA-Luft und der Großfeuerungsanlagen-Verordnung; Maßstab ist die Existenzsicherung der Kleinkinder und empfindlichsten Tiere und Pflanzen.
- Sofortige Einführung bleifreien Benzins. Wirksame Abgasentgiftung für alle Kraftfahrzeuge.
- Eine umweltfreundliche Verkehrspolitik mit Förderung und Priorität für die Bundesbahn, Ausbau des Personennahverkehrs und Geschwindigkeitsbeschränkungen (Tempo 100 auf Autobahnen, Tempo 80 auf Landstraßen, Tempo 30 im bebauten Bereich).
- Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes von 1935.
- Schadstoffabgabe für Schwefeldioxid, Stickoxide und Schwermetalle.
- Einheitliche europäische Regelungen zur Reduzierung der Luftverschmutzung auf dem höchsten Umweltstandard (weltweiter Stand der Technik).
- Rationelle Energienutzung und Förderung erneuerbarer Energieträger.

**Kraftwerk Buschhaus:
ENTSCHWEFELN!
STATT SCHWAFELN!**

Wir rufen alle Waldfreunde, Waldbesitzer, Landwirte, Natur- und Umweltschützer, Gewerkschaftler, alle Menschen auf, sich an den Aktionen gegen das Waldsterben im Rahmen der Aktionswoche vom 28.5.84 - 3.6.84 und an Aktionstag, Kundgebung und Demonstration am 28. April 1984 im Sinne dieses Aufrufes zu beteiligen.

Wir treffen uns um 11.00 Uhr in Schöningen, besuchen das Kraftwerk Buschhaus und versammeln uns am Nachmittag zu Kundgebung und bunten Aktionen auf dem Holzberg in Helmstedt. Am Kraftwerk und entlang der Demoroute sind vielfältige Aktionen geplant; u.a. Waldspaziergänge und Bodenuntersuchungen im Elm, Begutachtung des Säureeintrages in den Trockenrasen Heeseberg etc. Wir bitten darum, mit Busen, der Bundesbahn oder Fahrrädern anzureisen.

Die Radler treffen sich um 9.00 Uhr in 3307 Schöppenstedt zu einer Fahrraddemo nach Buschhaus und Ofleben. Für Bier und Musik am Abend sowie für Übernachtungsmöglichkeiten ist gesorgt.

Bringt von zu Hause als „Gastgeschenk“ an die BKB tote Bäume oder Baumteile mit!

Diesen Aufruf unterstützen viele Gruppen, u.a.: BBU, DNR, USH, LBU Nds., LBU Berlin, AL-Berlin, GAL-Hamburg, Robin Wood, Grüne Bundestag, Nds., SH, Naturfreundejugend Deutschlands, NFJ Nds., Freudenstädter Aktionsgruppe gegen das Waldsterben, Regionalkonferenzen gegen das Waldsterben, BUND-Kiel, Aktionsgruppe „Auf nach Buschhaus“ (Gruppen und Initiativen der betroffenen Region), Bürgerinitiative Oker / Harlingerode, Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz Kiel (AGU), Waldfreunde Lüneburg, Biologische Schutzgemeinschaft Hunte - Weser - Ems (BSH).

Kontakt: Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e.V., Hinüberstraße 18, 3000 Hannover 1

Spenden: sind dringend erbeten unter dem Stichwort „Buschhaus“ auf Konto-Nr. 796 70-309, Postscheck Hannover (BLZ 250 100 30).



Aufruf zur Wendland-Blockade am 30. April 1984

Am 30. April 1984, einem Montag zwischen zwei Feiertagen, werden die 5 Zufahrtsstraßen in den Landkreis Lüchow-Dannenberg für 12 Stunden blockiert. Der Grund:

- Ab Frühsommer sollen die ersten Behälter mit radioaktivem Atom-müll in das Wendland transportiert und in den bereits fertiggestellten „Zwischenlagern“ auf unbestimmte Zeit deponiert werden. Diese sind gleichzeitig Eingangslager für die geplante Plutonium-fabrik (WAA) in Dragahn.
- 1984 soll die Entscheidung über die geplante Wiederaufarbeitungs-anlage Dragahn fallen. Diese ist aus ökologischen, ökonomischen und militärischen Gründen untragbar: Die Bundesrepublik wird mit einer großen WAA zum potentiellen Atomwaffenstaat.
- Die Bauarbeiten für das weltweit erste Atommüllendlager laufen auf Hochtouren, obwohl der Salzstock Gorleben dafür denkbar ungeeignet ist.

Gleichzeitig wenden wir uns mit der Wendlandblockade gegen eine Politik, die das Umherschleichen und Stapeln von Atommüll als „Entsorgung“ verkauft, um so die weitere Produktion von hochradioaktivem Atommüll und Atomstrom aufrechtzuerhalten.

1979 wurde nach tagelangen Treckerblockaden Lüchow-Dannenger Landwirte und dem 140.000 - köpfigen Treck nach Hannover die Gorleben-WAA für politisch nicht durchsetzbar erklärt.

Heute ist Atomstrom nahezu unbezahlbar; diese Technologie erlebt weltweit eine Pleite. Trotzdem versucht die niedersächsische Landesregierung erneut ihr „Entsorgungskonzept“ durchzusetzen: Mit offenkundig rechtswidrigen Genehmigungsverfahren und unter Einsatz der Polizei.

Dagegen werden wir mit dem Mittel des zivilen Ungehorsams und der zeitweiligen Außerkraftsetzung „normaler“ Verhältnisse ein nicht zu übergehendes Signal setzen.

Die Wendlandblockade soll anknüpfen an die Menschenkette vom 24. März und zeigen, daß auch 1984 die Pläne der niedersächsischen Landesregierung „politisch nicht durchsetzbar“ sind. Sie verdeutlicht unsere Bereitschaft, keinen Atommüll in das Wendland zu lassen und symbolisiert gleichzeitig das Ausgeliefertsein und Eingeschlossensein der verseuchten Menschen Lüchow-Dannenger im Falle eines Atom-unfalls.

gez.: Blockadeausschuß der Republik Freies Wendland